

## **Bessere Arbeitsbedingungen für professionelle Arbeit!**

### **Resolution der Vertrauensleute der GEW Hessen**

Einer jüngst veröffentlichten Studie der OECD ist zu entnehmen, dass der in Deutschland bekanntermaßen geringe Anteil der öffentlichen Ausgaben für Bildung am Bruttoinlandsprodukt – entgegen aller Sonntagsreden – noch einmal von 5,1 auf 4,8% deutlich gesunken ist. Deutschland liegt im Vergleich der 28 Länder damit auf Platz 24 und ist im Verhältnis zum steigenden Durchschnittswert aller Länder weiter zurückgefallen. Hinzu kommt, dass das Bundesland Hessen innerhalb Deutschlands bei vergleichenden Studien regelmäßig einen der hinteren Plätze belegt. So kommt z.B. die Kultusministerkonferenz (KMK) zu dem Schluss, dass das reiche Hessen bei den Pflichtstunden der Lehrkräfte lediglich von Mecklenburg-Vorpommern (um 0,1!) „übertroffen“ wird.

Die Pflichtstundenzahl eines Volksschullehrers“ war vor hundert Jahren geringer als heute in Hessen.

Dennoch will die Landesregierung die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte weiter verschlechtern:

- Die Übertragung der Arbeitszeitverkürzung wird verweigert
- Die Möglichkeit der Altersteilzeit wurde bereits gestoppt
- Das Eintrittsalter in den Ruhestand soll erhöht werden.

Anstatt der in der Vergangenheit – insbesondere als es um die Übertragung der Verschlechterungen bei den Beamten auf die Angestellten ging – immer wieder proklamierten Gleichbehandlung von Tarif- und Beamtenbereich Rechnung zu tragen und die Arbeitszeit entsprechend zu reduzieren, soll die extrem hohe Pflichtstundenzahl aufrecht erhalten werden. Die Arbeitszeitverkürzung als ein wesentlicher Teil des Tarifkompromisses soll den Lehrkräften vorenthalten werden. Stattdessen soll als Alibi für die bis zu 50jährigen Lehrerinnen und Lehrer ein Zwangslbensarbeitszeitkonto eingerichtet werden, das allen Betroffenen faktisch überhaupt nichts bringt.

Anstatt der hohen Arbeitsbelastung in den Schulen durch eine sozial verträgliche Regelung für den Übergang in den Ruhestand Rechnung zu tragen, wurde nicht nur die Möglichkeit der Altersteilzeit gestoppt. In den Schubladen liegen bereits die Pläne zur Erhöhung des Eintrittsalters in den Ruhestand. Dies, obwohl die Lehrkräfte mit durchschnittlich 65,25 Jahren bereits heute faktisch die höchste Altersgrenze haben und in anderen Berufen mit ähnlich hoher Belastung sogar deutlich geringere Altersgrenzen gelten.

Frankfurt, 17. September 2009